

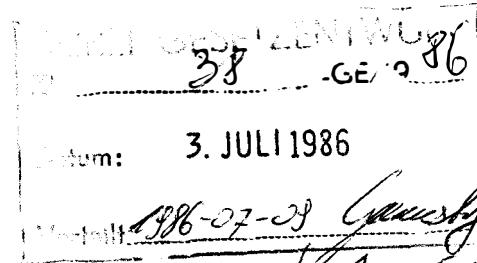
AMT DER
VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

PrsA-4459

Bregenz, am 24.6.1986

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Stubenring 1
1010 Wien



Betrifft: Ausländerbeschäftigungsgesetz, Änderung,
Entwurf, Stellungnahme;
Bezug: Schreiben vom 28. April 1986, Zl. 35.401/8-2/86

Zum übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert wird, wird Stellung genommen wie folgt:

Die Vorarlberger Landesregierung hat bereits in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Ausländerbeschäftigungsgesetzes vom 16.7.1974, PrsG-378/9, schwerwiegende Bedenken gegen die Zuständigkeit des Bundes zur Regelung der Ausländerbeschäftigung erhoben.

Diese Bedenken werden aufrechterhalten. Auf die in der zitierten Stellungnahme angeführten Argumente wird verwiesen.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Bedenken wird gegen die im Entwurf vorgesehene Anpassung des Gesetzes an die geänderten Verhältnisse kein Einwand erhoben.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
gez. Dr. Guntram Lins
L a n d e s r a t

a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten

b) An das
Präsidium des Nationalrates

1017 Wien

(22-fach)
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67

c) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

1010 Wien

d) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.Hd.d. Herrn Landesamtsdirektors

e) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung

1014 Wien

f) An das
Institut für Föderalismusforschung

6020 Innsbruck

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:

gez. Dr. Adamer

F.d.R.d.A.

Kunig